

Beschluss der LDK Stade am 27.1.2007

Solidarität mit dem Studiengebührenboykott!

Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen haben in der Vergangenheit stets ihre Ablehnung von Studiengebühren bekräftigt. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit den Boykottaktionen, die momentan an einem Großteil der niedersächsischen Hochschulen von den Studierenden organisiert werden. Wir halten den Boykott der Gebühren für ein legitimes Mittel der Studierenden ihren Protest zu artikulieren.

Damit vom Boykott ein starkes Zeichen gegen Studiengebühren ausgeht, ermutigen wir alle Studierenden sich am Boykott zu beteiligen und ihre Studiengebühren für das Sommersemester 2007 nicht an die Universitäten und Fachhochschulen zu überweisen.

Im Konflikt mit der Landesregierung erwarten wir, dass sich die Universitäten und Fachhochschulen auf die Seite der Studierenden stellen und die sich am Boykott beteiligenden Studierenden, nicht zu exmatrikulieren. Wir hielten es nicht für akzeptabel, wenn eine große Zahl von Studierenden von der Fortsetzung ihres Studiums abgehalten würde.

Letztendlich kann nur die Abschaffung von Studiengebühren durch den Landtag Rechtssicherheit für boykottierende Studierende schaffen. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf ihre Haltung in dieser Frage zu überdenken und setzen uns auch weiterhin für die Abschaffung der Studiengebühren ein.

Zur Erläuterung:

An Hochschulen an denen die Vollversammlung der Studierendenschaft zum Boykott der Studiengebühren aufgerufen hat, haben die Studierenden die Möglichkeit, ihre Gebühren auf ein von AnwältInnen verwaltetes Treuhandkonto zu überweisen. Wird das von der Vollversammlung beschlossene Quorum von boykottierenden Studierenden nicht erreicht, werden die Gebühren am Stichtag an die Hochschule überwiesen. Ein Boykott kommt also nur zu Stande, wenn sich eine große Anzahl von Studierenden einer Universität (z. B. 25%) zur Teilnahme entscheidet. Bei den bisherigen Boykotten (z.B. 22% an der FH Emden, 16% an der FH Wilhelmshaven, 10% an der Uni Lüneburg) wurden die Quoren zwar nicht erreicht. An vielen anderen Unis (Hannover, Oldenburg, Braunschweig etc.) laufen die Boykotte aber noch, teilweise bis Ende Februar.